

**Staatsminister Eckart von Klaeden**

- (A) gen. Klar ist aber, dass im Rahmen dieses dreimonatigen Moratoriums vor dem Hintergrund der Ereignisse in Japan eine grundlegende Überprüfung auch der Sicherheitsbestimmungen bei uns stattfinden wird.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die Kollegin Höhn.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Es wundert mich schon, dass die Kanzlerin die Idee eines Moratoriums verkünden konnte, ohne mit den Ländern gesprochen zu haben; denn nach dem, was Sie eben gesagt haben, sind eigentlich die Länder zuständig. Aber das will ich einmal dahingestellt sein lassen.

Angeichts eines solchen Moratoriums und angesichts der Tatsache, dass die ältesten Atomkraftwerke drei Monate vom Netz genommen werden – einige wie beispielsweise Neckarwestheim und Isar 1 will man sogar für immer stilllegen; das steht zumindest in der Zeitung –, frage ich Sie: Werden die Laufzeiten dieser Atomkraftwerke auf neuere übertragen? Was haben Sie dazu im Kabinett entschieden?

**Eckart von Klaeden**, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Dazu ist im Kabinett nichts entschieden worden. Auch das wäre ja eine Vorwegnahme der Ergebnisse der Untersuchung, die stattfinden soll.

- (B) Ich muss aber Ihren Einleitungssatz korrigieren: Selbstverständlich hat die Bundeskanzlerin, hat die Bundesregierung mit den betroffenen Ländern gesprochen.

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Nachdem sie das verkündet hatte! – Gegenruf  
des Abg. Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]:  
Nein! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

– Nein, es hat ein Gespräch der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Länder gegeben. Dann sind diese Entscheidungen verkündet worden.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: So ist das!)

Darüber hinaus hat es natürlich Stellungnahmen gegeben. Es ist schnell und nachvollziehbar auf die Ereignisse in Japan reagiert worden. Ich möchte mich gar nicht auf die Überlegung einlassen, wie Ihre Kritik aussehen würde, wenn es entsprechende Äußerungen und Entscheidungen der Kanzlerin und der Bundesregierung nicht gegeben hätte.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das war eine ziemliche Eierei!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege Kelber.

**Ulrich Kelber (SPD):**

Die Bundeskanzlerin hat gestern gesagt, dass es im Rahmen des Moratoriums keine Genehmigung für die Übertragung von Restlaufzeiten von älteren Atomkraftwerken aus den 70er-Jahren auf neuere aus den 80er-

Jahren geben werde. Auf Nachfrage hat der Bundesumweltminister in der Sondersitzung des Umweltausschusses heute erklärt, das Moratorium selbst sei natürlich nur ein politisches Instrument, damit sei die Laufzeitverlängerung als ein Rechtsinstrument nicht ausgesetzt, was durch die Exekutive ja auch gar nicht möglich ist. Damit haben die Atomkraftwerksbetreiber allerdings die Möglichkeit, ohne Genehmigung – einfach durch Anmeldung – Restlaufzeiten von den derzeit stillgelegten sieben Atomkraftwerken dauerhaft auf die neueren zu übertragen. Sie hätten bis in die 40er-Jahre einen Rechtsanspruch mit entsprechenden Entschädigungen, falls sich aus der Sicherheitsüberprüfung eine Stilllegung ergibt.

Ist heute im Kabinett darüber gesprochen worden, wie man mit diesem sehr großen, mehrere Milliarden Euro umfassenden Problem umgehen möchte?

**Eckart von Klaeden**, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Nein, Herr Kollege Kelber, das ist im Kabinett nicht besprochen worden. Aber es ist durchaus denkbar, dass eine Folge der von mir schon mehrfach erwähnten grundlegenden Überprüfung auch gesetzgeberischer Handlungsbedarf ist.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege Koppelin.

**Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP):**

Herr Staatsminister, Sie haben schon dargestellt, dass erst das Gespräch bei der Kanzlerin stattgefunden hat und dann die Erklärung der Kanzlerin abgegeben worden ist. Ist meine Information richtig, dass der Bundesumweltminister die entsprechenden Fachminister aus den betroffenen Ländern gestern ebenfalls informiert und mit ihnen ein Gespräch geführt hat?

Ist es weiterhin richtig, dass auf der morgigen Tagesordnung eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu diesem Thema steht? Man muss sich wundern, dass die Befragung der Bundesregierung dazu vorhin abgebrochen und ein völlig neues Thema aufgerufen wurde.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist völlig geschäftsordnungsgemäß!)

**Eckart von Klaeden**, Staatsminister bei der Bundeskanzlerin:

Herr Kollege Koppelin, die Tagesordnung des Bundestages ist mir in der Form, wie Sie sie gerade zitiert haben, bekannt. Auch Ihre Schilderung des Ablaufs ist zutreffend. Zusätzlich will ich erwähnen, dass die Kanzlerin am Wochenende zunächst mit dem Vizekanzler besprochen hat, wie auf diese Situation zu reagieren ist, und dass beide eng das weitere Vorgehen abgestimmt haben.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Der Kollege Ott.